



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND  
UMWELT

am Donnerstag, 06.10.2016, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

**ÖFFENTLICH**

TOP 1                      Ausführung der beiden Quartiersplätze im Zuge  
                                 der Erschließung Neckarterrasse im Stadtteil  
                                 Neckarweihingen  
                                 - Vergabebeschluss                                      Vorl.Nr. 335/16

---

**Beschluss:**

Vergabebeschluss

Die Firma Langjahr Bau GmbH, Talstraße 14, 74366 Kirchheim am Neckar erhält den Auftrag zur Herstellung der beiden Quartiersplätze im Zuge der Erschließung Neckarterrasse in Neckarweihingen.

Die Auftragssumme beträgt:

Angebotssumme	180.125,14 €
+ Unvorhergesehenes 5,48 %	<u>9.874,86 €</u>
Vergabesumme	<u>190.000,00 €</u>

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Ja 14    Nein 0    Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Sachvortrag nicht vorgesehen ist, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** stellt die Frage aus welchem Material die Quader seien. Außerdem seien Bürger auf ihn zugekommen mit der Beschwerde, dass die Plätze als Hundetoilette genutzt werden.

Als bescheiden und einfach sieht Stadträtin **Liepins** die Planung.

Stadträtin **Burkhardt** fragt nach, ob die Bürger in die Planung miteinbezogen worden seien. Außerdem wolle sie wissen, welche Größe die Bäume zum Zeitpunkt der Pflanzung hätten.

Herr **Leban** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) teilt mit, dass die Bäume eine Pflanzhöhe von 3-4 m hätten. Die Quader seien aus Beton. Über eine Nutzung als Hundetoilette sei ihm nichts bekannt.

BM **Ilk** macht darauf aufmerksam, dass die Materialfrage nicht erneut diskutiert werden solle.

Hierzu merkt Stadtrat **Link** an, dass die Plätze nicht mit Autos befahren werden.

Nach der Aussprache stellt BM **Ilk** die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 2	Schulentwicklungsplanung - Erweiterungsbauten an Schulen - Eichendorffschule - Friedensschule - Schloßlesfeldschule (Vorberatung)	Vorl.Nr. 299/16
-------	---	-----------------

---

### **Beschlussempfehlung:**

- 2.1 Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der Raumprogramme sowie der beiliegenden Flächenlayouts für die **Erweiterungsbauten der Friedens- und Schloßlesfeldschule die weiteren Planungen sowie eine funktionale Ausschreibung für die Ausführung in Holzsystembauweise** zu erarbeiten und zur Vergabe dem zuständigen Gremium vorzulegen. Dem Versand der funktionalen Ausschreibung an verschiedene Systembauunternehmen wird zugestimmt.

Hinweis: Aufgrund der Dringlichkeit werden die Holzsystembauten abweichend zum vereinbarten Projektfahrplan durchgeführt.

- 2.2 Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des oben genannten Raumprogramms sowie des beiliegenden Flächenlayouts eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für die Erweiterung der Eichendorffschule zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (Fachbereich Hochbau) stellt die Entwürfe anhand einer Präsentation vor.

Stadtrat **Braumann** stellt die Frage, ob ein überdachter Bereich in der Schlösslesfeldschule möglich sei. Ansonsten sehe er die Präsentation als positiv. Seine Fraktion könne zustimmen.

Ebenso positive Rückmeldung und Zustimmung gibt es von Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**.

Genauso wie von Stadträtin **Liepins**. Sie wolle allerdings darauf hinweisen, dass die Prognosen der künftigen Schülerzahlen besser berechnet werden sollen, da erst kürzlich über zurückgegangene Schülerzahlen gesprochen wurde.

Stadtrat **Rothacker** äußert ebenso Lob.

Modulbauten und einfache Bauweise sollen den Kindern nicht zugemutet werden, meint Stadträtin **Burkhardt**. Allerdings könne sie grundsätzlich zustimmen. Sie wolle noch auf den Orchideenbestand bei der Schlösslesfeldschule hinweisen.

Herr **Weißer** und Frau **Barnert** (Fachbereich Hochbau) erklären, dass die Massivholzbauweise heute sehr fortschrittlich sei. Eine Überdachung bei der Schlösslesfeldschule sei weder gestalterisch noch finanziell vorstellbar. Es sei keine Containerlösung, sondern hochwertige Holzbauten angedacht.

Im Anschluss lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen.

TOP 3

Neue Grundschule und Sporthalle im  
Entwicklungsbereich Ost/Oßweil -  
Grundsatzbeschluss  
- Raumprogramm Schule  
- Standort Schule und Oststadt Sporthalle  
- Art der Vergabe der Planungsleistungen  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 298/16

---

### Beschlussvorschlag:

1. Der Empfehlung der Stadtverwaltung folgend, wird das Rasenspielfeld der SpVgg 07 Ludwigsburg e.V. an der Fuchshofstraße als präferierter Standort für den Schulneubau und der Oststadthalle vorgesehen. Als Standort für die Grundschule mit Sporthalle wird die Grundstücksfläche gemäß Anlage 3 festgelegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der oben genannten Raumprogramme (Anlage 1+2) für die Grundschule mit Sporthalle eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten.
3. Dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren für die Vergabe der Planungsleistungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Herr **Veselaj** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt den Rahmenplan mit dem Zeitziel 2019 anhand einer Präsentation vor. Es seien verschiedene Standortmöglichkeiten untersucht worden. Im Anschluss an die Präsentation erfolgt eine Diskussion. Das Gremium kam überein, dass noch weiterer Informationsbedarf bestünde.

BM **IIk** erkennt, dass aufgrund dieses weiteren Beratungsbedarfs keine Abstimmung erfolgen könne. Eine Klausur werde zeitnah stattfinden. Das Stimmungsbild aus dieser Klausur werde als Grundlage für die erneute Vorlage herangezogen.

TOP 4

Neukonzeption Bürgerdienste Wilhelmstraße 1-5  
- Grundsatzbeschluss

Vorl.Nr. 236/16

---

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird vom BTU beauftragt Verhandlungen zur **Anmietung der Büroflächen Obere Marktstraße 4, 1.OG** aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Herr **Schindler** (Fachbereich Bürgerdienste) und Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau) berichten über die aktuelle Situation der Räumlichkeiten. Der Fachbereich Bürgerdienste sei räumlich getrennt. Zudem seien die Räumlichkeiten für Bürger und Mitarbeiter nicht weiter tragbar, da unter anderem weder eine barrierefreie Erreichbarkeit, noch ein repräsentatives Ambiente vorliege. Man werde im Rahmen der Planung den Gemeinderat informieren und Bericht erstatten. Als Interimslösung während der Bauphase sehe man die Unterbringung in der Bürofläche der Firma Lotter im ersten Obergeschoß.

Stadtrat **Braumann** erteilt Lob. Die Vorschläge seien gut und dringend erforderlich. So sehe er das bisherige Trauzimmer als unwürdig. Seine Fraktion stimme zu.

Die bisherigere Unterbringung der Bürgerdienste sei für die Stadt eine Schande, meint Stadträtin Dr. **Knoß**. Sie könne großes Lob und Zustimmung über die repräsentative Vorstellung aussprechen. Zudem wolle sie sich über die Lichtverhältnisse im Interimsgebäude Lotter erkundigen.

Stadtrat **Juraneck** erteilt ebenso Lob und Zustimmung. Die Zusammenfassung der Bürgerdienste sehe er als notwendig.

Auch Stadtrat **Rothacker** könne für seine Fraktion Zustimmung erteilen.

Die Notwendigkeit des Umbaus sei für Stadträtin **Burkhardt** unbestritten, allerdings bemängelt sie, dass keine Angaben über die Kosten vorgelegt seien. Ohne diese Information könne sie nicht zustimmen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wünsche sich einen parkplatzfreien Ehrenhof. Sie begrüßt die Umplanung des Ehrenhofes.

Herr **Weißer** teilt mit, dass die Aufwertung des Ehrenhofes in Planung sei. Angaben zu den Kosten können allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden, da mit der Planung noch nicht begonnen wurde. Die Lichtverhältnisse im Interimsgebäude Lotter seien bekannt und Weiteres werde veranlasst.

Danach stellt BM **Ilk** die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 5                      Vorstellung Schnellbussystem Remseck -  
Ludwigsburg - Möglingen - Markgröningen  
- mündlicher Bericht durch das Büro IGB

---

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation wurde das BRT-System durch Herrn **Sauter** (Büro IGV) vorgestellt. Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Sauter sehe für Ludwigsburg unter anderem den Vorteil, dass die Integration in das Stadtbild relativ leicht erfolgen könne.

Nach der Präsentation erfolgt eine Diskussionsrunde.

Stadtrat **Noz** fragt, wer der Betreiber des BRT-Systems sei. Ebenso wolle er wissen, wie die wegfallenden öffentlichen Parkplätze ersetzt werden und ob ersatzweise ein Parkhaus angedacht sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** äußert Kritik, da sie den Vortrag sehr einseitig sehe. Ihr fehle noch die Untersuchung des Niederflursystems. Außerdem solle mit den umliegenden Kommunen Absprachen getroffen werden. Für das BRT- System müsse eine zusätzliche stark befestigte Fahrbahn erstellt werden. Aufgrund noch fehlender Information, sehe sie keine zeitnahe Umsetzung.

Für Stadtrat **Juraneck** sei der Traum von einem flächendeckenden Niederflurbahnssystem innerhalb Ludwigsburgs mit Anbindung der Vororte geplatzt. Als Möglichkeit sehe er das bestehende System in Remseck mit einer Hochflurbahn an Ludwigsburg anzubinden. Ergänzend zu diesem schienengebundenen System könne er sich das BRT-System vorstellen. Eine genaue Kostenaufstellung sei noch zu erstellen.

Stadtrat **Rothacker** spricht sich gegen die Umsetzung eines innerstädtischen Schienensystems aus. Die einzige sinnvolle Möglichkeit sehe er innerstädtisch im BRT-System. Eine Hochflurbahn im Außenbereich von Remseck und Markgröningen nach Ludwigsburg sei denkbar. Eine finanzielle Förderung gebe es nur für Teilbereiche. Er fordere eine genaue Kostenaufstellung.

Ebenso fordert Stadträtin **Burkhardt** eine genaue Kostenaufstellung für alle Systeme. Problematisch sehe sie den großen Flächenbedarf des BRT-Systems.

Stadtrat **Lettrari** favorisiert die Niederflurbahn. Ursprünglich sei angedacht gewesen, den Landkreis mehr zusammenzufügen. Die Finanzierung solle landkreisübergreifend geplant werden.

EBM **Ilk** erinnert an den Kreistagsbeschluss, indem die beigetretenen Kommunen/ Städte aufgefordert wurden, die Stadtbahn für das Förderprogramm anzumelden. Aus dem Gremium kam der Wunsch, dass weitere alternative Systeme zu prüfen seien. Herr Sauter sei beauftragt worden das BRT-System zu untersuchen und vorzustellen.

Am 12.10.2016 solle der aktuelle Stand der Planungen vorgestellt werden. Ein konkreter Zahlenvergleich werde vermutlich noch nicht vorliegen. Die erstmaligen Investitionskosten, die Folgekosten, sowie die Förderung der jeweiligen Systeme sehe er als wichtig an. Ebenso seien gemischte Systeme denkbar.

Herr **Sauter** erklärt unter anderem, dass der Betreiber des BRT-Systems jeder beliebige Busunternehmer sein könne. Für die Infrastruktur sei die Kommune verantwortlich. Das BRT-System sei im Bezug auf Stau ein verlässliches System und somit sehr attraktiv. Ein Parkraumkonzept müsse erstellt werden. Für Ludwigsburg sehe er die Umsetzung eines Niederflursystems als schwierig, da diverse Anforderungen wie Werkstätten, Betreiber, Reservefahrzeuge nicht gegeben seien.

Stadtrat **Braumann** erhofft sich eine genaue Aufschlüsselung der Kosten pro System.

Stadträtin **Burkhardt** fragt nach, ob das derzeitige Busunternehmen in die Diskussion miteinbezogen sei. Sie könne sich vorstellen, dass das bisherige Bussystem verbessert werden könne und somit auch keine Stadtbildveränderung und enorme Kosten anfallen würden.

Einen Gesamtverkehrsplan unter Berücksichtigung sämtlicher Verkehrsmittel wünscht sich Stadtrat **Juraneck** für Ludwigsburg. Ein gutes bevorrechtigtes Bussystem sehe er als sinnvoll.

Stadträtin Dr. **Knoß** stellt die Vorteile des BRT-Systems in Frage. Sie wünscht sich die Klärung, ob ein gut durchdachtes Bussystem nicht ebenso eine preisgünstige Lösung sei. So könne man durch die eingesparten Kosten ein günstigeres Ticket anbieten. Eine eigene Fahrspur für das bestehende Bussystem sehe sie als sinnvoll an.

Herr **Sauter** trägt vor, dass mit dem derzeitigen Busunternehmen Kontakt bestehe. BRT bedeute, dass ein elektrobetriebener Bus auf einer bevorrechtigten Trasse fahre. Diese Spur könne ebenso von den bisher eingesetzten Bussen befahren werden. Um das Umsteigen attraktiver zu machen, empfehle er ein neues System anzubieten und nicht das Bisherige auszubauen.